

Paragraf	Änderung	Satzung aktuell	Änderung	Endergebnis
§ 10		Verfahren		
(1)		Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Verfahrensbeteiligten nicht gebunden. Das Gericht sorgt dafür, dass die Beteiligten auf alle relevanten Informationen gleichwertigen Zugriff haben.	<sup>1</sup> Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. <sup>2</sup> Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Verfahrensbeteiligten nicht gebunden. <sup>3</sup> Das Gericht sorgt dafür, dass die Beteiligten auf alle relevanten Informationen gleichwertigen Zugriff haben.	<sup>1</sup> Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. <sup>2</sup> Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Verfahrensbeteiligten nicht gebunden. <sup>3</sup> Das Gericht sorgt dafür, dass die Beteiligten auf alle relevanten Informationen gleichwertigen Zugriff haben.
(2)		Zur Aufklärung des Sachverhaltes kann das Gericht jede Person einladen und befragen. Alle Organe der Piratenpartei sind verpflichtet, einer Einladung des Gerichtes zu folgen und dem Gericht Akteneinsicht zu gewähren. Das Gericht darf Verschlussachen einsehen.	<sup>1</sup> Zur Aufklärung des Sachverhaltes kann das Gericht jede Person einladen und befragen. <sup>2</sup> Alle Organe der Piratenpartei sind verpflichtet, einer Einladung des Gerichtes zu folgen und dem Gericht Akteneinsicht zu gewähren. <sup>3</sup> Das Gericht darf Verschlussachen einsehen.	<sup>1</sup> Zur Aufklärung des Sachverhaltes kann das Gericht jede Person einladen und befragen. <sup>2</sup> Alle Organe der Piratenpartei sind verpflichtet, einer Einladung des Gerichtes zu folgen und dem Gericht Akteneinsicht zu gewähren. <sup>3</sup> Das Gericht darf Verschlussachen einsehen.
(2a)		Die Schiedsgerichte leisten gegenseitig Amtshilfe und gewähren Akteneinsicht.	<sup>1</sup> Die Schiedsgerichte leisten sich <b>auf Anfrage</b> gegenseitig Amtshilfe und <del>gewähren</del> haben Akteneinsicht zu gewähren. <sup>2</sup> <b>Bei Verweisungsfällen ist in jedem Fall die Fallakte der Vorinstanz beizufügen.</b> <sup>3</sup> Die <b>Amtshilfe</b> erstreckt sich ebenfalls <b>auf nichtöffentliche Verfahren, die weiterhin als solche zu behandeln sind.</b>	<sup>1</sup> Die Schiedsgerichte leisten auf Anfrage gegenseitig Amtshilfe und haben Akteneinsicht zu gewähren. <sup>2</sup> Bei Verweisungsfällen ist in jedem Fall die Fallakte der Vorinstanz mit beizulegen. <sup>3</sup> Die Amtshilfe erstreckt sich ebenfalls über nichtöffentliche Verfahren, sind vom Inhalt her aber ebenfalls als nichtöffentlich zu behandeln.
(3)		Das Gericht bestimmt für das Verfahren einen beteiligten Richter als Berichterstatter. Die	<sup>1</sup> Das Gericht bestimmt für das Verfahren einen beteiligten Richter <del>als</del> <b>zum</b> Berichterstatter oder kann dies	<sup>1</sup> Das Gericht bestimmt für das Verfahren einen beteiligten Richter zum Berichterstatter oder kann dies durch eigene Regelung in seiner

		Verfahrensbeteiligten werden über den Fortgang des Verfahrens durch den Berichterstatter informiert und haben das Recht dazu Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter kann auch durch Geschäftsverteilungsplan bestimmt werden.	durch eigene Regelung in seiner Geschäftsordnung oder GvP regeln. <sup>2</sup> Die Verfahrensbeteiligten werden über den Fortgang des Verfahrens <b>vorrangig</b> durch den Berichterstatter informiert und haben das Recht dazu Stellung zu nehmen. <del>Der Berichterstatter kann auch durch Geschäftsverteilungsplan bestimmt werden.</del> <sup>3</sup> Der Umfang der <b>Berichterstattung beinhaltet zumindest das Verschicken von Beschlüssen, Nachfragen und Bestätigungsmail von eingehenden Anträgen.</b> <sup>4</sup> Weiteres kann in der Geschäftsordnung geregelt werden.	Geschäftsordnung oder GvP regeln. <sup>2</sup> Die Verfahrensbeteiligten werden über den Fortgang des Verfahrens <b>vorrangig</b> durch den Berichterstatter informiert und haben das Recht dazu Stellung zu nehmen. <sup>3</sup> Der Umfang der Berichterstattung beinhaltet zumindest das Verschicken von Beschlüssen, Nachfragen und Bestätigungsmail von eingehenden Anträgen. <sup>4</sup> Weiteres kann in der Geschäftsordnung geregelt werden.
(4)		Das Gericht beraumt grundsätzlich eine fernmündliche Verhandlung an. Es kann mündliche Verhandlungen durchführen oder im schriftlichen Verfahren entscheiden. Es hat eingehende Anträge der Verfahrensbeteiligten angemessen zu berücksichtigen. Entscheidungen des Gerichtes hierzu sind unanfechtbar.	<del>Das Gericht beraumt grundsätzlich eine fernmündliche Verhandlung an. Es kann mündliche Verhandlungen durchführen oder im schriftlichen Verfahren entscheiden. Es hat eingehende Anträge der Verfahrensbeteiligten angemessen zu berücksichtigen. Entscheidungen des Gerichtes hierzu sind unanfechtbar.</del>	<b>(Neufassung Fassung):</b> <sup>1</sup> Das Gericht verhandelt im <b>schriftlichen oder fernmündlichen Verfahren.</b> <sup>2</sup> Die Verfahrensbeteiligten werden im <b>Eröffnungsbeschluss aufgefordert, für eine der Formen zu votieren.</b> <sup>3</sup> Während eines Verfahrens kann das Gericht grundsätzlich <b>so viele fernmündliche Verhandlungen wie nötig anberaumen.</b> <sup>4</sup> Das Gericht kann selbst, oder auf Antrag, beschließen, in Präsenz zu verhandeln. <sup>5</sup> Eingehende Anträge zum Verfahrensablauf sind angemessen zu berücksichtigen, <b>Entscheidungen hierzu sind unanfechtbar.</b>
(5)		Das Gericht bestimmt Ort und Zeit der Verhandlung. Die Ladungsfrist	<sup>1</sup> Das Gericht bestimmt Ort und Zeit <b>der einer</b> Verhandlung. <sup>2</sup> Die	<sup>1</sup> Das Gericht bestimmt Ort und Zeit einer Verhandlung. <sup>2</sup> Die Ladungsfrist beträgt 13

		<p>beträgt 13 Tage. In dringenden Fällen sowie im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligten kann diese Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden. Das Gericht kann auch ohne Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten verhandeln und entscheiden; die Verfahrensbeteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.</p>	<p>Ladungsfrist beträgt 13 Tage. <del>In dringenden Fällen sowie</del> Im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligten kann diese Frist bis auf drei Tage <del>abgekürzt</del> verkürzt werden. <del>Das</del> Gericht kann auch ohne Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten verhandeln und entscheiden; die Verfahrensbeteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.</p>	<p>Tage. <sup>3</sup>Im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligten kann diese Frist bis auf drei Tage verkürzt werden. <sup>4</sup>Das Gericht kann auch ohne Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten verhandeln und entscheiden; die Verfahrensbeteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.</p>
(5a)		<p>Bei einer mündlichen oder fernmündlichen Verhandlung obliegt die Sitzungsleitung einem vom Gericht bestimmten Richter. Den Verfahrensbeteiligten ist angemessene Redezeit zu gewähren. Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder einen Parteiausschluss hat der betroffene Pirat das letzte Wort.</p>	<p><sup>1</sup>Bei einer mündlichen oder fernmündlichen Verhandlung obliegt die Sitzungsleitung einem vom Gericht bestimmten <b>in dem Verfahren zur Entscheidung befugten</b> Richter. <sup>2</sup>Den Verfahrensbeteiligten ist angemessene Redezeit zu gewähren. <sup>3</sup>Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder einen Parteiausschluss hat der betroffene Pirat das letzte Wort.</p>	<p><sup>1</sup>Bei einer mündlichen oder fernmündlichen Verhandlung obliegt die Sitzungsleitung einem vom Gericht bestimmten in dem Verfahren zur Entscheidung befugten Richter. <sup>2</sup>Den Verfahrensbeteiligten ist angemessene Redezeit zu gewähren. <sup>3</sup>Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder einen Parteiausschluss hat der betroffene Pirat das letzte Wort.</p>
(6)		<p>Tritt zwischen der letzten mündlichen Verhandlung und dem Urteilsspruch dem Gericht ein Richter hinzu, der in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend war, oder wird das Gericht durch Wahlen ausgewechselt, so ist den Verfahrensbeteiligten erneut Gehör zu gewähren.</p>	<p><del>Tritt zwischen der letzten mündlichen Verhandlung und dem Urteilsspruch dem Gericht ein Richter hinzu, der in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend war, oder wird das Gericht durch Wahlen ausgewechselt, so ist den Verfahrensbeteiligten erneut Gehör zu gewähren.</del></p>	<p><b>(Neufassung):</b>  <sup>1</sup>Kommt zwischen einer Verhandlung und einem Urteilsspruch oder vergleichbarem Beschluss ein Richter zum Verfahren neu hinzu, der bisher nicht im Verfahren involviert war, oder wird das Gericht durch Wahlen ausgewechselt, so ist den Verfahrensbeteiligten erneut, mindestens durch eine fernmündliche Verhandlung, Gehör zu gewähren. <sup>2</sup>Bei einem</p>

				schriftlich geführten Verfahren findet Satz 1 keine Anwendung.
(7)		Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Das Gericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist. Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder einen Parteiausschluss eines Piraten ist die Öffentlichkeit auf Antrag des Betroffenen, oder falls dieser nicht zur Verhandlung anwesend ist von Amts wegen, auszuschließen. Bei Verhandlungen zu nichtöffentlichen Verfahren ist die Öffentlichkeit immer ausgeschlossen.	Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Das Gericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist. Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder einen den Parteiausschluss eines Piraten ist die Öffentlichkeit auf Antrag des Betroffenen, oder falls dieser nicht zur Verhandlung anwesend ist, von Amts wegen auszuschließen. Bei Verhandlungen zu nichtöffentlichen Verfahren ist die Öffentlichkeit immer ausgeschlossen.	<sup>1</sup> Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. <sup>2</sup> Das Gericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist. <sup>3</sup> Bei einer Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme oder den Parteiausschluss eines Piraten ist die Öffentlichkeit auf Antrag des Betroffenen, oder falls dieser nicht zur Verhandlung anwesend ist, von Amts wegen auszuschließen. <sup>4</sup> Bei Verhandlungen zu nichtöffentlichen Verfahren ist die Öffentlichkeit immer ausgeschlossen.
(8)		Das Gericht kann das Ruhen des Verfahrens anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Verfahrens Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist, oder vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist oder dies von einem der Verfahrensbeteiligten beantragt wird.	<del>Das Gericht kann das Ruhen des Verfahrens anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Verfahrens Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist, oder vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist oder dies von einem der Verfahrensbeteiligten beantragt wird.</del>	<b>(Neufassung):</b> <sup>1</sup> Das Gericht kann das Ruhen des Verfahrens anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Verfahrens, <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist;</li> <li>2. vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist;</li> <li>3. als Grundsatzfrage beim Bundesschiedsgericht vorliegt</li> <li>4. oder dies von einem der Verfahrensbeteiligten beantragt wird.</li> </ul>

				<p><sup>2</sup>Spätestens 42 Tage (6 Wochen) nach Beschlussfassung zum Ruhen des Verfahrens wird das Verfahren fortgesetzt, wenn bis dahin kein Verfahrensbeteiligter einen Antrag auf Fortsetzung des Ruhens des Verfahrens gestellt und ausreichend begründet hat. <sup>3</sup>Das Gericht entscheidet über den Antrag.</p>
(9)		<p>Nach Ablauf von drei Monaten nach Verfahrenseröffnung können die Verfahrensbeteiligten Beschwerde wegen Verfahrensverzögerung einlegen. In Eilsachen sowie nach Zurückverweisung nach § 13 Absatz 5 SGO kann die Beschwerde nach Ablauf von zwei Wochen eingelegt werden. Die Beschwerde ist beim Berufungsgericht und im Fall des Bundesschiedsgerichtes bei der nicht befassen Kammer einzulegen. Die Beschwerde kann auch eingelegt werden, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Anrufung über die Verfahrenseröffnung entschieden wurde. Das Berufungsgericht soll das Verfahren an ein anderes, der Vorinstanz gleichrangiges Gericht, verweisen; in Eilsachen kann es das Verfahren an sich ziehen.</p>	<p><del>Nach Ablauf von drei Monaten nach Verfahrenseröffnung können die Verfahrensbeteiligten Beschwerde wegen Verfahrensverzögerung einlegen. In Eilsachen sowie nach Zurückverweisung nach § 13 Absatz 5 SGO kann die Beschwerde nach Ablauf von zwei Wochen eingelegt werden. Die Beschwerde ist beim Berufungsgericht und im Fall des Bundesschiedsgerichtes bei der nicht befassen Kammer einzulegen. Die Beschwerde kann auch eingelegt werden, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Anrufung über die Verfahrenseröffnung entschieden wurde. Das Berufungsgericht soll das Verfahren an ein anderes, der Vorinstanz gleichrangiges Gericht, verweisen; in Eilsachen kann es das Verfahren an sich ziehen.</del></p>	<p><b>(Neufassung):</b></p> <p><sup>1</sup>Nach Ablauf von drei Monaten nach Verfahrenseröffnung, können die Verfahrensbeteiligten Beschwerde wegen Verfahrensverzögerung einlegen. <sup>2</sup>In Eilsachen kann eine Beschwerde nach Ablauf von 14 Tagen eingelegt werden. <sup>3</sup>Die Beschwerde ist beim Bundesschiedsgericht (Berufungsgericht) einzulegen. <sup>4</sup>Eine Beschwerde kann auch eingelegt werden, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen nach Anrufung in einem Hauptverfahren und 10 Tage in einem Eilverfahren das Gericht über die Verfahrenseröffnung entschieden hat. <sup>5</sup>Bezieht sich die Beschwerde auf ein Verfahren an einem Landesschiedsgericht, so hat das Berufungsgericht das Verfahren an ein anderes, der Vorinstanz gleichrangiges, Gericht zu verweisen. <sup>6</sup>Steht kein gleichrangiges Gericht zur Verfügung, kann das Bundesschiedsgericht das Verfahren an sich ziehen und selbst entscheiden. <sup>7</sup>Bei Eilsachen verweist das Berufungsgericht das Verfahren oder verhandelt selbst.</p>

(10)		Das Gericht kann von Amts wegen oder auf Antrag andere, deren rechtliche Interessen durch die Entscheidung berührt werden, beiladen.	<sup>1</sup> Das Gericht kann von Amts wegen oder auf Antrag <del>andere</del> <b>Piraten</b> , deren rechtliche Interessen durch die Entscheidung berührt werden, beiladen. <sup>2</sup> <b>Ein Verfahren Pirat gegen Pirat ist nicht statthaft.</b>	<sup>1</sup> Das Gericht kann von Amts wegen oder auf Antrag Piraten, deren rechtliche Interessen durch die Entscheidung berührt werden, beiladen. <sup>2</sup> Ein Verfahren Pirat gegen Pirat ist nicht statthaft.
(11)		Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann, so sind sie beizuladen (notwendige Beiladung).	<sup>1</sup> Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann, so sind <del>sie</del> <b>diese</b> beizuladen (notwendige Beiladung).	<sup>1</sup> Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann, so sind diese beizuladen (notwendige Beiladung).
(12)		Der Beiladungsbeschluss ist allen Verfahrensbeteiligten zuzustellen. Dabei sollen der Stand der Sache und der Grund der Beiladung angegeben werden. In der Beiladung ist darauf hinzuweisen, dass der Beigeladene auf Antrag zum Verfahrensbeteiligten wird. Die Beiladung ist unanfechtbar.	<sup>1</sup> Der Beiladungsbeschluss ist allen Verfahrensbeteiligten zuzustellen. <sup>2</sup> Dabei sollen der Stand der Sache und der Grund der Beiladung angegeben werden. <sup>3</sup> In der Beiladung ist darauf hinzuweisen, dass der Beigeladene auf Antrag zum Verfahrensbeteiligten wird. <sup>4</sup> Die Beiladung ist unanfechtbar.	<sup>1</sup> Der Beiladungsbeschluss ist allen Verfahrensbeteiligten zuzustellen. <sup>2</sup> Dabei sollen der Stand der Sache und der Grund der Beiladung angegeben werden. <sup>3</sup> In der Beiladung ist darauf hinzuweisen, dass der Beigeladene auf Antrag zum Verfahrensbeteiligten wird. <sup>4</sup> Die Beiladung ist unanfechtbar.